

Ergebnisniederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (HFA/IX-013/2013)
des Landkreises Darmstadt-Dieburg

am 22.04.2013, 15:00 Uhr bis 16:00 Uhr,
Kreistagssitzungssaal,
Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt

Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Vorbereitung der Kreistagssitzung
1.1.	Ressourcenmanagement an größeren landkreiseigenen Schulen (> 300 Schülerinnen und Schüler) Vorlage: 1245-2012/DaDi
1.1.1.	Ressourcenmanagement an größeren landkreiseigenen Schulen - Ergänzungsantrag FW-PP Vorlage: 1485-2013/DaDi
1.2.	Frauenförderplan Vorlage: 1388-2013/DaDi
1.3.	Anpassung des Betrauungsaktes zwischen dem Landkreis Darmstadt-Dieburg und dem Eigenbetrieb Kreiskliniken Vorlage: 1207-2012/DaDi/1
1.4.	Prüfantrag Offener Haushalt - Antrag FW-PP Vorlage: 1387-2013/DaDi
1.5.	Prüfantrag Informationsfreiheitssatzung - Antrag FW-PP Vorlage: 1438-2013/DaDi
1.6.	Änderung der Geschäftsordnung - Antrag CDU Vorlage: 1452-2013/DaDi
1.7.	Kein Doppelhaushalt für die Jahre 2014/2015 - Antrag CDU Vorlage: 1453-2013/DaDi
2.	Kenntnisnahmen
2.1.	Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (Februar 2013) Vorlage: 1407-2013/DaDi

2.2.	Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (März 2013) Vorlage: 1457-2013/DaDi
2.3.	Forderungen zur Haushaltskonsolidierung durch die Kommunalaufsicht - Schreiben der IHK Vorlage: 1390-2013/DaDi
2.4.	Darlehensübersichten des Landkreises Darmstadt-Dieburg und des Eigenbetriebes Da-Di-Werk Vorlage: 1430-2013/DaDi
3.	Mitteilungen und Anfragen

Anwesende	
Fraktion der SPD	
Herr Bürgermeister Karl Hartmann	
Frau Margrit Herbst	Vertreterin für Abg. Geiger, Rolf
Herr Hans-Dieter Karl	
Herr Hans-Joachim Larem	
Herr Bürgermeister Werner Schuchmann	
Frau Bürgermeisterin Christel Sprößler	
Fraktion der CDU	
Herr Peter Christ	
Herr Bürgermeister Carsten Helfmann	
Herr Fraktionsvorsitzender Lutz Köhler	
Herr Reinhard Rupprecht	
Frau Evelin Spyra	
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Herr Christian Flöter	
Herr Jochen Myrzik	
Herr Dr. Walter Sydow	
Fraktion der FDP	
Herr Fraktionsvorsitzender Klaus-Jürgen Hoffie	
Fraktion der FW-PP	
Herr Fraktionsvorsitzender Norbert Rücker	
Fraktion von Die Linke	
Herr Fraktionsvorsitzender Walter Busch-Hübenbecker	
Kreistagspräsidium	
Frau Fraktionsvorsitzende Brigitte Harth	
Herr Alexander Ludwig	
Frau Barbara Roos	
Herr Siegfried Sudra	
Frau Kreistagsvorsitzende Dagmar Wucherpfennig	
Kreisausschuss	
Herr Landrat Klaus Peter Schellhaas	
Frau Erste Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück	
Herr Kreisbeigeordneter Christel Fleischmann	
Herr Kreisbeigeordneter Marco Hesser	
Herr Kreisbeigeordneter Tilman Schmieder-Harth	
Frau Kreisbeigeordnete Marianne Streicher-Eickhoff	
Herr Kreisbeigeordneter Georg Theiß	
Frau Kreisbeigeordnete Jessika Tips	
beratende Mitglieder	
Herr George Bal	
Verwaltung	
Herr Christoph Dahmen	
Herr Roman Gebhardt	
Frau Helene Herliz	
Herr Frank Horneff	

Anwesende
Herr Rainer Leiß
Frau Martina Löffler
Frau Nicole Mally
Herr Patrick Nickel
Frau Ute von Massow

Abwesende
Fraktion der SPD
Herr Rolf Geiger

Vorsitzender Myrzik stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss ist beschlussfähig.
3. **Vorsitzender Myrzik** verweist auf die aktualisierte Tagesordnung. Er stellt fest, dass die Vorlagen-Nr. 1485-2013/DaDi – Ressourcenmanagement an größeren landkreiseigenen Schulen – Ergänzungsantrag FW-PP – als Tagesordnungspunkt 1.1.1 mit auf die Tagesordnung genommen wird und zusammen mit Tagesordnungspunkt 1.1 beraten wird. Weitere Änderungswünsche werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 12. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wurden nicht erhoben.
5. Schriftführerin ist Nicole Mally.

Protokoll
des öffentlichen Teils

Beschluss zu TOP 1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Vorbereitung der Kreistagsitzung**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 1.1.

Vorlage-Nr.: 1245-2012/DaDi

Aktenzeichen: 219-005

Betreff: **Ressourcenmanagement an größeren landkreiseigenen Schulen (> 300 Schülerinnen und Schüler)**Beschluss: **geändert beschlossen**

Vorsitzender Myrzik verweist auf die geänderte Beschlussfassung im Schul-, Kultur- und Sportausschuss.

Er stellt das Einvernehmen des Haupt- und Finanzausschusses fest, dass eine gemeinsame Abstimmung über die Vorlage, in der im Schul-, Kultur- und Sportausschuss beschlossenen Fassung, mit dem Ergänzungsantrag der Freie Wähler-Piraten erfolgen kann.

Beschlussvorschlag:

An großen Schulen mit mehr als 300 Schülerinnen und Schülern (SuS) wird ein Ressourcenmanagement gemäß den Vorgaben des Eigenbetriebs Da-Di Werk Gebäudemanagement eingeführt.

Die Reinigungsdienstleistung für Schulen mit mehr als 300 Schülerinnen und Schülern wird optional um drei Vormittagsstunden pro Tag erweitert.

Der Kreisausschuss wird beauftragt dem Ausschuss über die Effizienz des Einsparpotenzials sowie – analog zu Punkt 3 des Kooperationsvertrages – über die Ergebnisse der Evaluierung der Maßnahme an den Schulen jährlich zu berichten.

Der Kreistag wird quartalsweise darüber unterrichtet, welche Schulen der Kooperationsvereinbarung beigetreten sind.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis,
wenn zutreffend

	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.1.1.

Vorlage-Nr.: 1485-2013/DaDi

Aktenzeichen: 219-005

Betreff: **Ressourcenmanagement an größeren landkreiseigenen Schulen -
Ergänzungsantrag FW-PP**

Beschluss: **geändert beschlossen**

Vorsitzender Myrzik stellt fest, dass über den Ergänzungsantrag nicht mehr gesondert abgestimmt werden muss.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird um folgenden Satz ergänzt:

Der Kreistag wird quartalsweise darüber unterrichtet, welche Schulen der Kooperationsvereinbarung beigetreten sind.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.2.

Vorlage-Nr.: 1388-2013/DaDi
 Aktenzeichen: 440-005
 Betreff: **Frauenförderplan**
 Beschluss: **geändert beschlossen**

Vorsitzender Myrzik weist unter Hinweis auf die Beratung im Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales darauf hin, dass redaktionell zwei Daten des Beschlussvorschlages abzuändern sind. Er teilt mit, dass anstelle des 24.07.2007 der 24.09.2007 und anstatt des 02.06.2009 der 06.07.2009 in den Beschlussvorschlag einzufügen sind.

Beschlussvorschlag:

Die Laufzeit des vom Kreistag am 24.09.2007 für die Zeit vom 01.01.2007 bis 31.12.2012 beschlossenen Frauenförderplans für den Bereich der Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg, zuletzt geändert durch Beschluss vom 06.07.2009, wird bis zum 31.12.2013 verlängert.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (Ja): **einstimmig**
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.3.

Vorlage-Nr.: 1207-2012/DaDi/1

Aktenzeichen: 519-008

Betreff: **Anpassung des Betrauungsaktes zwischen dem Landkreis Darmstadt-Dieburg und dem Eigenbetrieb Kreiskliniken**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Abg. Dr. Sydow (Grüne) weist darauf hin, dass in § 1 Abs. 3 des Betrauungsaktes noch eine Anpassung bei der Bezeichnung „Neurologische Rehabilitationsklinik Seeheim-Jugenheim“ zu erfolgen hat.

Beschlussvorschlag:

Der zwischen dem Landkreis Darmstadt-Dieburg und dem Eigenbetrieb Kreiskliniken geschlossene Betrauungsakt wird wie folgt geändert:

**Änderung des Betrauungsaktes vom 13.12.2010
zur Anpassung an den Beschluss 2012/21/EU der Kommission**

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg hat mit Beschluss vom 13.12.2010 den Eigenbetrieb „Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg“ mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut. Die Betrauung beruht auf den Anforderungen der Entscheidung 2005/842/EG der EU-Kommission („Freistellungsentscheidung“).

Am 20.12.2011 hat die Kommission eine Neufassung der beihilfenrechtlichen Regelungen für Ausgleichsleistungen in der Daseinsvorsorge verabschiedet. Der neue Beschluss 2012/21/EU (ABl EU Nr. L 7 vom 11.01.2012, Seite 3) ersetzt die bisherige Freistellungsentscheidung. Nach Art. 10 lit. a) Beschluss 2012/21/EU sind bestehende Betrauungsakte bis zum 31.01.2014 an das neue Recht anzupassen.

Dieser Änderungsbeschluss dient der Anpassung an die neuen Vorschriften.

Der Betrauungsakt vom 13.12.2010 wird daher wie folgt geändert:

1. Im Kopf des Betrauungsaktes wird der Verweis auf die Entscheidung der Kommission vom 28.11.2005 ersetzt durch „Beschluss der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Art. 106 Abs. 2 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (2012/21/EU, ABl. EU Nr. L 7/3 vom 11. Januar 2012)“.
2. Der Verweis auf den Gemeinschaftsrahmen wird ersatzlos gestrichen.
3. Im Klammerzusatz zur Unterschrift bei § 2 wird „Art. 4 der Freistellungsentscheidung“ durch Art. 4 Beschluss 2012/21/EU“ ersetzt.
4. In § 2 Abs. 2 S. 1 wird das Wort „unbefristet“ gestrichen und ein neuer Halbsatz eingefügt. Die Vorschrift lautet somit neu wie folgt: „Der Landkreis Darmstadt-Dieburg betraut den Eigenbetrieb „Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg“ mit Sitz in Groß-Umstadt,

Krankenhausstraße Nr. 11 mit der Übernahme von Aufgaben von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse durch die in § 1 Abs. 2 bis 3 aufgeführten Betriebsstätten. Der Betrauungsakt wird bis zum 31.12.2022 befristet.“

5. § 2 Abs. 2 S. 2 wird wie folgt neu gefasst: „Dazu zählen auch die mit der Haupttätigkeit unmittelbar verbundenen Nebendienstleistungen einschließlich der Überlassung vorhandener Infrastrukturen des Eigenbetriebs an Dritte gegen angemessenes Entgelt (Randnutzungen).“
6. Im Klammerzusatz zur Unterschrift bei § 3 wird „Art. 5 der Freistellungsentscheidung“ durch „Art. 5 Beschluss 2012/21/EU“ ersetzt.
7. In § 3 Abs. 1 S. 4 wird „im Sinne von Art. 5 Abs. 1 Unterabsatz 2 „Freistellungsentscheidung“ ersatzlos gestrichen.
8. In § 3 Abs. 3 S. 1 wird der Verweis auf Art. 5 Freistellungsentscheidung ersetzt durch den Verweis auf Art. 5 Beschluss 2012/21/EU.
9. Im Klammerzusatz zur Unterschrift bei § 4 wird „Art. 6 der Freistellungsentscheidung“ durch „Art. 6 Beschluss 2012/21/EU“ ersetzt.
10. In § 4 Abs. 2 S. 2 ist „im Sinne von Art. 5 Abs. 1 Unterabsatz 2 Freistellungsentscheidung“ ersatzlos zu streichen.
11. § 4 Abs. 6 wird wie folgt neu gefasst:

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg beauftragt das Revisionsamt die zweckentsprechende Verwendung der finanziellen Mittel zu prüfen.

Unterjährig *können Prüfungen* stattfinden, um bei *festgestellten wesentlichen* Abweichungen von den genehmigten Wirtschaftsplänen *oder Nachträgen* frühzeitig notwendige Maßnahmen in Abstimmung zwischen dem Landkreis Darmstadt-Dieburg und dem Eigenbetrieb Kreiskliniken zur Erreichung der festgelegten Ziele zu entwickeln.

Die Überkompensationskontrolle erfolgt alle 3 Jahre beginnend in 2016, mit dem Jahresabschluss 2012, sowie am Ende des Betrauungszeitraums.

Darüber hinaus *kann* das Revisionsamt im laufenden Jahr Prüfungen hinsichtlich der Einhaltung des Haushalts- und Vergaberechtes und allgemeine Wirtschaftlichkeitsprüfungen vornehmen.

12. Im Klammerzusatz zur Unterschrift bei § 5 wird „Art. 7 der Freistellungsentscheidung“ durch „Art. 8 Beschluss 2012/21/EU“ ersetzt.
13. § 5 wird wie folgt geändert: „Unbeschadet weitergehender Vorschriften sind sämtliche Unterlagen, anhand derer sich feststellen lässt, ob die Zuwendungszahlungen mit den Bestimmungen des Beschlusses 2012/21/EU vereinbar sind, während des Betrauungszeitraums und für einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren ab Ende des Betrauungszeitraums aufzubewahren“. (vgl. Art. 8 Abs. 1 Beschluss 2012/21/EU).
14. Zur Umsetzung von Art. 2 Abs. 3 Beschluss 2012/21/EU wird ein neuer § eingefügt, der wie folgt lautet:

„§ 8

Fortlaufende Überprüfung

(zu Art. 2 Abs. 3 Beschluss 2012/21/EU)

Die Anforderungen des Beschlusses 2012/21/EU müssen während der gesamten Laufzeit des Betrauungsaktes vorliegen. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg überprüft dies fortlaufend. Stellt er fest, dass die Voraussetzungen nicht mehr erfüllt sind, beendet er diesen Betrauungsakt oder meldet die Ausgleichszahlungen vor der weiteren Gewährung der EU-Kommission an.“

15. § 8 wird zu § 7.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (Ja): **einstimmig**
Ablehnung (Nein):
Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.4.

Vorlage-Nr.: 1387-2013/DaDi

Aktenzeichen: 031-001

Betreff: **Prüfantrag Offener Haushalt - Antrag FW-PP**

Beschluss: **zurückgezogen**

Landrat Schellhaas berichtet, dass von ca. 4,6 Mio. Seitenabrufen des Internetangebotes der Kreisverwaltung im Jahr 2012 nur rund 300 der Seite mit den Informationen zum Doppelhaushalt 2012/2013 galten.

Herr Leiß weist ergänzend auf die zum Haushalt erfolgte Berichterstattung in Presse und auch der Portalseite ladadi.de hin, die besonders die ebenfalls erstellte und leicht verständlich aufbereitete Broschüre zum Haushalt hervorhoben. Er berichtet weiter, dass nach Rückfrage bei einem hessischen Landkreis, der sich mit der Umsetzung bereits beschäftigt hat, mit Umsetzungskosten von ca. 4-5 TEUR zzgl. Personalaufwendungen im Bereich von jeweils zwei Wochen in den Bereichen Finanz- und Rechnungswesen sowie EDV auszugehen ist.

Abschließend weist er auf den Charakter der angesprochenen Plattform hin, deren Betrieb nicht in der Verantwortung der Kreisverwaltung steht, insbesondere bei Änderungsbedarfen damit auch nicht durch die Kreisverwaltung beeinflussbar ist.

Nach Aussprache teilt **Abg. Rücker** (FW-PP) für den Antragsteller mit, dass die Fraktion der Freie Wähler-Piraten den Antrag zurückzieht.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt festzustellen welcher Möglichkeiten bestehen, die Haushaltsdaten des Landkreises DarmstadtDieburg im Rahmen der gesetzlichen Zulässigkeit in einem frei dokumentierten, maschinenlesbaren und ohne zusätzliche Lizenzkosten nutzbaren Format zur Verfügung zu stellen (z.B. XML) und abzuschätzen mit welchen Aufwänden diese Bereitstellung realisierbar wäre.

Beschluss zu TOP 1.5.

Vorlage-Nr.: 1438-2013/DaDi

Aktenzeichen: 099-010

Betreff: **Prüfantrag Informationsfreiheitssatzung - Antrag FW-PP**

Beschluss: **zurückgestellt**

Vorsitzender Myrzik stellt nach Beratung über den Tagesordnungspunkt fest, dass dem Kreistag mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Freie Wähler-Piraten und bei Enthaltung der CDU empfohlen wird, den Antrag zurückzustellen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt die Erstellung eines Entwurfs einer Informationsfreiheitssatzung für den Landkreis Darmstadt-Dieburg zu koordinieren, der unter anderem folgende Punkte berücksichtigt:

- Informationspflichten der Verwaltung gegenüber der Öffentlichkeit
- Informationsansprüche der Öffentlichkeit gegenüber der Verwaltung
- Gebührenordnung für die Kosten der Informationsbereitstellung aufgrund von Informationsansprüchen
- bereits vorliegende gesetzlicher Regelungen wie zum Beispiel dem Hessischen Archivgesetz (HArchivG) und dem Hessischen Umweltinformationsgesetz (HUIG)

Beschluss zu TOP 1.6.

Vorlage-Nr.: 1452-2013/DaDi

Aktenzeichen: 012-004

Betreff: **Änderung der Geschäftsordnung - Antrag CDU**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Kreistagsvorsitzende Wucherpennig gibt Erläuterungen zu den in diesem Kontext in § 11 der Geschäftsordnung für den Kreistag getroffenen Regelungen. Sie schlägt eine weitergehende Beratung in der Sitzung des Kreistagspräsidiums am 23.04.2013 vor.

Vorsitzender Myrzik stellt nach der Beratung über den Antrag das Einvernehmen des Haupt- und Finanzausschusses fest, keine Beschlussempfehlung herbeizuführen und die weitere Beratung dem Kreistagspräsidium zu überlassen.

Beschlussvorschlag:

In die Geschäftsordnung des Kreistages Darmstadt-Dieburg wird folgender Paragraph eingefügt:

Bericht aus der Arbeit des Kreisausschusses

1. Wird in einer Kreistagssitzung ein mündlicher und/oder schriftlicher Bericht durch den Landrat oder die Landrätin oder durch ein von ihm oder ihr beauftragtes Mitglied des Kreisausschusses zur Arbeit des Kreisausschusses gegeben, beträgt die Zeit dafür maximal 10 Minuten.
2. Anschließend hat jede Fraktion höchstens 5 Minuten Zeit zur Stellungnahme; eine Erwiderung durch den Landrat oder die Landrätin ist jeweils zulässig

Beschluss zu TOP 1.7.

Vorlage-Nr.: 1453-2013/DaDi

Aktenzeichen: 031-001

Betreff: **Kein Doppelhaushalt für die Jahre 2014/2015 - Antrag CDU**Beschluss: **geändert beschlossen**

Abg. Sprößler (SPD) bittet den Antragsteller um Klarstellung, ob die Option des Doppelhaushaltes nur für das Haushaltsjahr 2014/2015 oder auch für das Haushaltsjahr 2015/2016 ausgeschlossen werden soll.

Abg. Köhler (CDU) erklärt für den Antragsteller, dass der Antrag so abgeändert werden kann, dass die Intention des Antrages für das Haushaltsjahr 2014/2015 deutlich wird.

Vorsitzender Myrzik lässt über den Antrag in geänderter Form abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreisausschuss wird beauftragt, für das Haushaltsjahr 2014 eine einzelne Haushaltssatzung und einen einzelnen Haushaltsplan dem Kreistag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
2. Von der Möglichkeit eines Doppelhaushaltes soll für 2014 **nicht** Gebrauch gemacht werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Kenntnisnahmen**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 2.1.

Vorlage-Nr.: 1407-2013/DaDi

Aktenzeichen: 412-001

Betreff: **Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (Februar 2013)**Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas berichtet, dass die Arbeitslosenquote für den Landkreis Darmstadt-Dieburg im Monat Februar 5,0 % beträgt. Im Februar 2013 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.746 Personen arbeitslos gemeldet. Das sind 163 Personen mehr als im Vormonat Januar 2013.

Folgende Übersicht stellt die Entwicklungen der vergangenen vier Monate dar:

Landkreis Darmstadt-Dieburg	November 2012	Dezember 2012	Januar 2013	Februar 2013
Arbeitslose im Rechtskreis SGB II	4.502 2,9 %	4.652 3,0 %	4.745 3,1 %	4.897 3,2 %
Arbeitslose im Rechtskreis SGB III	2.249 1,5 %	2.339 1,5 %	2.838 1,8 %	2.849 1,8 %
Arbeitslose - insgesamt -	6.751	6.991	7.583	7.746
Arbeitslosenquote in %	4,4 %	4,6 %	4,9 %	5,0 %

In der Jahresbetrachtung ist die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat (Februar 2012) um insgesamt 531 Personen gestiegen (die Arbeitslosenquote lag bei 4,7 %). Im Februar 2012 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.215 Personen arbeitslos gemeldet (4.923 Personen bzw. 3,2 % im Rechtskreis SGB II und 2.292 Personen bzw. 1,5 % im Rechtskreis SGB III).

Dazu waren im Monat Februar 2013 bei der Agentur für Arbeit Darmstadt 879 freie Stellen in Unternehmen im Landkreis Darmstadt-Dieburg gemeldet.

Prozentuale Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt:

	November 12	Dezember 12	Januar 13	Februar 13
Landkreis Darmstadt-Dieburg	4,4	4,6	4,9	5,0
Kreis Bergstraße	4,4	4,6	4,8	4,8
Stadt Darmstadt	5,9	5,9	6,5	6,6
Kreis Groß-Gerau	5,7	5,8	6,5	6,4
Odenwaldkreis	5,3	5,4	5,9	5,9

Die durchschnittliche AL-Quote im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt beträgt im Monat Februar 5,3 %. Das sind 204 Personen mehr als im Vormonat Januar 2013.

Beschluss zu TOP 2.2.

Vorlage-Nr.: 1457-2013/DaDi

Aktenzeichen: 412-001

Betreff: **Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (März 2013)**Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas berichtet, dass die Arbeitslosenquote für den Landkreis Darmstadt-Dieburg im Monat März 5,0 % beträgt. Im März 2013 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.688 Personen arbeitslos gemeldet. Das sind 58 Personen weniger als im Vormonat Februar 2013.

Folgende Übersicht stellt die Entwicklungen der vergangenen vier Monate dar:

Landkreis Darmstadt-Dieburg	Dezember 2012	Januar 2013	Februar 2013	März 2013
Arbeitslose im Rechtskreis SGB II	4.652 3,0 %	4.745 3,1 %	4.897 3,2 %	4.937 3,2 %
Arbeitslose im Rechtskreis SGB III	2.339 1,5 %	2.838 1,8 %	2.849 1,8 %	2.751 1,8 %
Arbeitslose - insgesamt -	6.991	7.583	7.746	7.688
Arbeitslosenquote in %	4,6 %	4,9 %	5,0 %	5,0 %

In der Jahresbetrachtung ist die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat (März 2012) um insgesamt 665 Personen gestiegen (die Arbeitslosenquote lag bei 4,6 %). Im März 2012 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.023 Personen arbeitslos gemeldet (4.836 Personen bzw. 3,2 % im Rechtskreis SGB II und 2.187 Personen bzw. 1,4 % im Rechtskreis SGB III).

Dazu waren im Monat März 2013 bei der Agentur für Arbeit Darmstadt 897 freie Stellen in Unternehmen im Landkreis Darmstadt-Dieburg gemeldet.

Prozentuale Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt:

	Dezember 12	Januar 13	Februar 13	März 13
Landkreis Darmstadt-Dieburg	4,6	4,9	5,0	5,0
Kreis Bergstraße	4,6	4,8	4,8	4,7
Stadt Darmstadt	5,9	6,5	6,6	6,7
Kreis Groß-Gerau	5,8	6,5	6,4	6,3
Odenwaldkreis	5,4	5,9	5,9	5,8

Die durchschnittliche AL-Quote im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt beträgt im Monat März 5,3 %. Das sind 161 Personen weniger als im Vormonat Februar 2013.

Beschluss zu TOP 2.3.

Vorlage-Nr.: 1390-2013/DaDi

Aktenzeichen: 039-008

Betreff: **Forderungen zur Haushaltskonsolidierung durch die Kommunalaufsicht -
Schreiben der IHK**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas gibt das als Anlage beigefügte Schreiben der Industrie- und Handelskammer Darmstadt zu den Forderungen zur Haushaltskonsolidierung durch die Kommunalaufsicht zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 2.4.

Vorlage-Nr.: 1430-2013/DaDi

Aktenzeichen: 031-003, 031-011

Betreff: **Darlehensübersichten des Landkreises Darmstadt-Dieburg und des Eigenbetriebes Da-Di-Werk**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Auf Nachfrage und Anregung des **Abg. Helfmann** (CDU) sagt **Landrat Schellhaas** die Vorlage einer Darlehensübersicht für die Eigenbetriebe Kreiskliniken und KiBiS zu und erklärt, dass solche Darlehensübersichten zukünftig im Folgejahr am Ende des ersten Quartals vorgelegt werden.

Landrat Schellhaas gibt die als Anlage beigefügten Darlehensübersichten des Landkreises Darmstadt-Dieburg und des Eigenbetriebes Da-Di-Werk mit Stand zum 31.12.2012 zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 3.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Mitteilungen und Anfragen**

Beschluss:

Landrat Schellhaas berichtet über das hinsichtlich der Resolution des Kreistages zur Vermögenssteuer eingegangene Schreiben des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages. Er teilt mit, dass das Schreiben dem Haupt- und Finanzausschuss noch zur Kenntnis vorgelegt wird.

Auf Nachfrage des **Abg. Helfmann** (CDU) erklärt **Landrat Schellhaas**, dass sich die in der Sitzung des Kreistages am 04.03.2013 zugesagte ergänzende Beantwortung zu Vorlagen-Nr. 1355-2013/DaDi (Anfrage Senio hier: Verlustausgleich der Gersprenz GmbH ab 2011 - Anfrage CDU) bereits auf dem Postweg befindet und den Fraktionen bis zur Kreistagssitzung am 29.04.2013 zugeht.

Weitere Mitteilungen und Anfragen liegen nicht vor.

Vorsitzender Myrzik schließt die Sitzung um 16:00 Uhr.

Ende der Niederschrift

Darmstadt, den 24. April 2013

Jochen Myrzik
Vorsitzender

Nicole Mally
Schriftführerin